

Gastbeitrag. Warum es höchste Zeit für den Schengen-Beitritt Bulgariens und Rumäniens ist. Das Nein füttert nur Anti-EU-Propaganda!

Wollen wir eine zweigeteilte EU?

VON ILHAN KYUCHYUK

Als jemand, der im Kommunismus aufgewachsen ist, erinnere ich mich daran, wie der Fall der Berliner Mauer für viele Osteuropäer zum Symbol für Freiheit und Einheit wurde. Mit dem Beitritt zur Nato und der EU ging ein lang ersehnter Traum in Erfüllung: endlich mit Europa vereint zu sein. Aber der Ausschluss gewisser Mitgliedstaaten vom Schengener Abkommen untergräbt die Grundprinzipien der EU und erklärt einige EU-Bürger zu Bürgern zweiter Klasse.

Ein Vorbehalt, der oft angeführt wird, ist die Furcht, dass Staatsbürger der neuen Mitgliedstaaten die Sozialsysteme anderer Mitgliedstaaten ausnutzen. Dabei handelt es sich um Einzelfälle und nicht um die breite Gesellschaft. Der gesetzliche Rahmen, um Missbrauch zu verhindern, soll und muss geschaffen werden.

Ein weiteres Argument gegen den Schengen-Beitritt ist, dass in dicht besiedelten Regionen das Problem leistbaren Wohnens verschärft würde. Hier gilt es festzuhalten, dass Schengen die Personen- und Arbeitnehmerfreizügigkeit erlaubt und nicht für Massenumsiedlungen steht.

Jüngste Abstimmungen im Europäischen Parlament unterstützen die Dringlichkeit des Themas. Mit überwältigender Mehrheit haben die Mitglieder des Europäischen Parlaments für einen Schengen-Beitritt Bulgariens und Rumäniens bis Ende 2023 gestimmt. Beide Staaten erfüllen seit Jahren die erforderlichen Kriterien, und wir verstehen die Entscheidung mancher Länder nicht, einen Beitritt ohne jegliche gesetzliche Begründung abzulehnen. Dieser Ausschluss ist nicht nur symbolisch – er bedeutet auch reale Kosten für Unternehmen und EU-Bürger und befeuert soziale und wirtschaftliche Ungleichheit.

Reisen und Handel können beispielsweise stunden-, aber auch tagelang unterbrochen werden, während die Wartezeit im Schengen-Raum durchschnittlich zehn Minuten beträgt. Das

wirkt sich auf den Lebensunterhalt von Fernkraftfahrern negativ aus und erhöht den CO₂-Ausstoß um unglaubliche 46.000 Tonnen pro Jahr. Um ehrlich zu sein: Dieser Ausschluss füttert doch nur Anti-EU-Propaganda.

Es gibt berechtigte Fragen, ob bestimmte Länder ihre Grenzen effektiv managen können, besonders wenn es um Asylwerber geht und den Kampf gegen Korruption. Aber diese Fragen betreffen nicht nur ein, zwei Länder. An den bisherigen Migrationszahlen sehen wir, dass kein Land allein dazu fertig werden kann.

Gemeinsamer Grenzschutz

Die gute Nachricht aber ist: Europa verfügt hier über Expertise, zu helfen. Bei der Kooperation und Zusammenführung in Sachen Grenzschutz können wir unsere Bereitschaft erhöhen – überall dort, wo die EU Außengrenzen hat. Mehr Trainings, gemeinsame Technologie und gemeinsame Operationen können die Kapazitäten wesentlich erhöhen. Hier geht es nicht nur um Lücken bei der Durchführung, sondern auch darum, ein gemeinsames Instrument im Kampf gegen Korruption und Schmuggel zu haben – Probleme, die nicht nur Bulgarien oder Rumänien haben, sondern europaweit vorkommen.

Schengen ist übrigens nicht nur ein politisches Thema, es ist auch ein menschliches. Es geht um Studierende, die im Ausland studieren wollen, Unternehmer oder Arbeitnehmer, die neue Möglichkeiten suchen, und um Familien, die frei reisen wollen. Die Frage ist, ob wir eine zweigeteilte EU wollen oder eine geeinte Gesellschaft. Die Grundprinzipien der EU – Freiheit, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit – rufen uns zum Handeln auf.

Die Zeit läuft. Wir sind es uns selbst und zukünftigen Generationen schuldig, dass das europäische Versprechen für Freiheit und Einheit für alle gilt.

Ilhan Kyuchyuk (*1985) ist ein bulgarischer Politiker und Mitglied des Europäischen Parlaments. E-Mails an: debatte@diepresse.com

STELLEN WIR DOCH
DAS LUEGER-DENKMAL
AUF DEN HITZERBALKON



Wer hat Angst vor der eigenen Geschichte?

Gastkommentar. Der Umgang mit Hitlers Geburtshaus steht exemplarisch für den derzeit grassierenden geschichtspolitischen Dilettantismus.

VON DIRK RUPNOW

Die erinnerungskulturelle Sommerpause endet dieses Jahr mit zwei Filmen. Im Herzen Wiens und der Republik – die Freiheitlichen würden wohl abfällig und mit eindeutiger Bezugnahme auf NS-Propaganda vom „System“ sprechen – versammeln sich österreichische Jugendliche am Heldenplatz. Sie fühlen sich bedroht von „Massenmigration“, „Genderwahn“ und „Wokeism“ und wenden bei ihrer Suche nach einer besseren Zukunft ihren Blick zum sogenannten „Hitler-Balkon“ an der Neuen Burg, von dem aus der „Führer“ am 15. März 1938 vor Hunderttausend frenetisch jubelnden Österreicherinnen und Österreichern den Eintritt seiner Heimat in das Deutsche Reich meldete. Was genau damit angedroht werden soll, ist freilich nicht so ganz klar (eine erneute Angliederung Österreichs an Deutschland etwa?), dass es sich aber um eine Drohung handelt, ist offensichtlich.

Der YouTube-Clip der Freiheitlichen Jugend lässt keinen Zweifel zu: Sie haben den „Willen zur Tat“, um eine Zukunft in ihrem Sinne zu gestalten.

Weitaus weniger zentral, in der oberösterreichischen Provinz, an der Grenze zu Deutschland hat sich Günter Schwaiger fünf Jahre lang mit dem Umgang mit Hitlers Geburtshaus in Braunau am Inn beschäftigt und ihn filmisch dokumentiert. „Wer hat Angst vor Braunau?“ wurde fast zeitgleich mit dem zweiminütigen Werbevideo der FPÖ-Jugend präsentiert. Schwaiger lässt zunächst einmal Menschen aus Braunau zu Wort kommen, wie sie (erstaunlich entspannt) mit dem Ort umgehen, der von vielen in Österreich und der Welt als die Einbruchsstelle des absolut Bösen stilisiert wird, obwohl der koke Adolf hier nur die ersten drei Jahre seines Lebens verbrachte. Er erfährt hier nicht seine ideologische und politische Prägung, hier wurden keine Entscheidungen gefällt und keine Verbrechen begangen. Historisch eigentlich ein vollkommen unbedeutender Ort.

Doch über das Haus wird seit der Enteignung durch die Republik 2016 nicht in Braunau selbst, sondern im fernen Wien entschieden: Im zuständigen Innenministerium kam man auf die Idee (irritierend: nach Beratung durch eine Expertenkommission), seine Bedeutung „neutralisieren“ zu wollen, durch einen Architektenwettbewerb die Fassade umgestalten zu lassen und eine Polizeistation dort anzusiedeln. Mehr geschichtspolitischer Unsinn geht nicht. Die Zeiten, in denen man so getan hat, als wäre nichts gewesen, sollten vorbei sein. Einen Wiedererkennungswert hat das Haus überhaupt nicht, die Symbolkraft des Ortes kann für Ewiggestrige und neue Nazis, die auch im Film am 20. April Kränze ablegen oder Kerzen deponieren, so oder so nicht zerstört werden, der europaweite Architekturwettbewerb erhöhte die Aufmerksamkeit nur noch und die österreichische Polizei mit ihrer unauf-

gearbeiteten Geschichte von Rassismus sowie ihrem dokumentierten Hang zur FPÖ ist schlicht ein unpassender Nutzer. Ein reflektierter und verantwortungsvoller Umgang mit der Vergangenheit schaut anders aus – egal, wie man die Bedeutung des Hauses einschätzt. Wenn der Ort von sich aus vielleicht auch kein Potenzial für ein vertieftes Verständnis der Geschichte des Nationalsozialismus bietet, so ist er doch ein herausragendes Beispiel für den derzeit grassierenden geschichtspolitischen Dilettantismus. Mit großer Sorglosigkeit wird eine Mythisierung und Fetischisierung befördert, die man eigentlich zu bekämpfen vorgibt. In Braunau spricht sich laut einer neuen Umfrage die Mehrheit der Bevölkerung für eine Nutzung des Hitler-Geburtshauses durch eine Institution zur Aufklärung über die NS-Geschichte aus. Was könnte daran auch falsch sein, ob in Braunau oder andernorts in Österreich?

Verstecken geht nicht mehr

Währenddessen sucht man in Innsbruck einen Umgang mit dem Landhaus, das einst nach dem „Anschluss“ als Gauhaus erbaut und nach dem Kriegsende unkompliziert nachgenutzt wurde. Im Inneren hatte sich Gauleiter Hofer als Kanzlei eine Tiroler Stube mit aufwändig verzierten hölzernen Deckenbalken einrichten lassen: mit geschitzten Hakenkreuzen, Partei- und Reichsadlern sowie SS-Runen und vermutlich auch einem Hitler-Zitat. Hier tagte später unstandslos die Landesregierung. Immerhin hielt man es Jahrzehnte später für angebracht, stillschweigend die Hakenkreuze zu entfernen. Eine künstlerische Intervention an der Fassade des gerade generalisierten Nazi-Baus mit dem Text „Wir haften für unsere Geschichte“ – man könnte sagen, eine notwendige Grundannahme für unsere reflektierte Erinnerungskultur, die Franz Wassermann hier formuliert hat – hielt man nun allerdings für zu kritisch und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesregierung nicht zumutbar. Ein einstimmiger Jury-Beschluss

Der Stachel wird bleiben

Wir sollten uns jedoch nicht der bequemen Illusion hingeben, dass es für diese oder andere von der NS-Geschichte kontaminierte Orte perfekte Lösungen gibt, die für alle Zeiten alle Probleme lösen. Der Umgang mit ihnen wird immer eine Gratwanderung bleiben. Solange die Geschichte des „Dritten Reichs“, des Zweiten Weltkriegs und des Holocaust eine Bedeutung für uns hat, werden sie ein Stachel bleiben, Anlass zu Diskussionen bieten, mehrdeutig erscheinen. Es wird sich auch nicht verhindern lassen, dass sie zum Ziel von Ausflügen Rechtsradikaler, alter oder neuer Nazis und Hitler-Verehrer werden (Die wir man konsequent mit den gegebenen rechtlichen Mitteln bekämpfen müssen.) – oder in einem bestimmten Ausmaß das anziehen, was man mittlerweile „dark“ oder „Nazi tourism“ nennt. Entscheidend ist allerdings, dass wir einen sinnvollen Umgang mit den Orten finden, der nichts verleugnet und nichts versteckt.

DER AUTOR:



Dirk Rupnow (*1972) ist Professor am Institut für Zeitgeschichte der Uni Innsbruck

und Dekan der Philosophisch-Historischen Fakultät. Demnächst erscheint der von ihm miterausgegebene Band „Verstörrende Orte. Zum Umgang mit NS-kontaminierten Gebäuden“ (Mandelbaum).

wurde kassiert und ein professionell aufgesetzter Wettbewerb für gescheitert erklärt. Gescheitert ist auch hier freilich höchstens das Geschichts- und Kunstverständnis der Regierenden. Wie man in Zukunft mit dem Hofer-Zimmer umgehen wird, wird sich weisen: Geplant ist die Nutzung für Vermittlungsaktivitäten. Klar ist: Verstecken geht heute nicht mehr, stillschweigend für interne Sitzungen verwenden auch nicht, aber einfach so der Öffentlichkeit zugänglich machen ebenso wenig.

Diese Orte sind Baustellen unserer Erinnerungskultur und der Geschichtspolitik der Republik, wenn auch vielleicht nicht unbedingt offene Wunden. Monika Sommer, die Direktorin des Hauses der Geschichte Österreich, das die Fläche hinter dem Altan der Neuen Hofburg mit Sonderausstellungen bespielt, fordert völlig zu Recht einen anderen Umgang mit dem Ort der „Anschluss“-Rede Hitlers. Betretungsverbot und die fehlende Nachnutzung führten zur Mythisierung und geradezu Sakralisierung des Ortes, wenn auch nicht intendiert. Tatsächlich könnte der zugängliche Altan ein Lernort sein, von dem aus sich ein einzigartiges Panorama der österreichischen Geschichte erschließen lässt: von der Hofburg und dem Äußeren Burgtor über die großen Museen bis zum Parlamentsgebäude, Wiener Rathaus, Burgtheater und Ballhausplatz. Ein neuer Umgang mit dem Altan würde auch eine wichtige republikanische Markierung am imperialen Heldenplatz darstellen.

Der Stachel wird bleiben

Wir sollten uns jedoch nicht der bequemen Illusion hingeben, dass es für diese oder andere von der NS-Geschichte kontaminierte Orte perfekte Lösungen gibt, die für alle Zeiten alle Probleme lösen. Der Umgang mit ihnen wird immer eine Gratwanderung bleiben. Solange die Geschichte des „Dritten Reichs“, des Zweiten Weltkriegs und des Holocaust eine Bedeutung für uns hat, werden sie ein Stachel bleiben, Anlass zu Diskussionen bieten, mehrdeutig erscheinen. Es wird sich auch nicht verhindern lassen, dass sie zum Ziel von Ausflügen Rechtsradikaler, alter oder neuer Nazis und Hitler-Verehrer werden (Die wir man konsequent mit den gegebenen rechtlichen Mitteln bekämpfen müssen.) – oder in einem bestimmten Ausmaß das anziehen, was man mittlerweile „dark“ oder „Nazi tourism“ nennt. Entscheidend ist allerdings, dass wir einen sinnvollen Umgang mit den Orten finden, der nichts verleugnet und nichts versteckt.

E-Mails an: debatte@diepresse.com

QUERGESCHRIEBEN

VON CHRISTIAN ORTNER



Die dümmste ökonomische Theorie und ihre Folgen

Die Annahme, Staaten könnten sich grenzenlos verschulden, ist angesichts steigender Zinsen so plausibel wie jene, man könne sich beliebig oft in den Kopf schießen.

Es ist noch gar nicht lang her, dass eine neue ökonomische Theorie über die Frage, wie viele Schulden ein Staat eigentlich machen kann, weit über die Fachwelt hinaus für Furore sorgte. Diese Theorie, „Modern Monetary Theory“ (MMT), genannt, behauptete, grob zusammengefasst, dass Staaten grundsätzlich so viele Schulden aufnehmen können, wie sie für notwendig erachten, weil sie ja auch so viel Geld drucken können, wie sie wollen.

Für all jene Politiker und Kommentatoren, die schon immer gemeint haben, sparsame Budgets seien des Teufels und nur staatlicher Konsum auf Pump, je mehr, desto besser, sei tugendhaftes Verhalten, war diese neue ökonomische Theorie gleichsam ein Geschenk des Himmels. Denn die Politik der Wählerbestechung auf Pump und zulasten kommender Generationen könnte sich nun mit der Aura des Wissenschaftlichen schmücken; die US-Ökonomin Stephanie Kelton, die lauteste Propagandistin der MMT, wurde als eine Art It-Girl und Chief-Influencerin eine Zeit lang von Kongress und TV-Auftritt zu TV-Auftritt weitergereicht.

Vermutlich ist keine andere wissenschaftliche Theorie so schnell und vollständig kollabiert wie die „Modern Monetary Theory“. Seit weltweit gewaltige Schuldengebirge vor allem der Staaten zu Mitverursachern einer ebenso gewaltigen Inflationswelle geworden sind, muss auch dem schlichsten Gemüt klar geworden sein, dass die Annahme, Staaten könnten sich unbegrenzt verschulden, so haltbar ist wie die Theorie, Menschen könnten sich unbegrenzt oft mit einer Glock in den Schädel schießen. Nicht zufällig genießt die MMT heute unter vernünftigen Ökonomen ungefähr so viel Ansehen wie Bach-Blütentherapie unter Onkologen.

Damit hat sich das Problem leider nicht erledigt. Jene Schulden, die sowohl die USA als auch die meisten EU-Staaten nicht nur, aber eben auch unter dem Einfluss dieser Voodoo-Theorie in den letzten Jahren aufgenommen haben, werden

sich in der näheren Zukunft noch zu einem veritablen Problem entwickeln, für das noch niemand eine Lösung hat.

Angesichts stark gestiegener Zinsen, die wahrscheinlich noch auf längere Zeit bleiben werden, steigt auch die Belastung der Staatshaushalte ganz massiv an, für Zinsen wird ein Vielfaches des in der jüngeren Vergangenheit Üblichen aufgewendet werden müssen.

Wenn dazu noch die gewaltigen Kosten der Klimapolitik, der notwendig gewordenen Aufrüstung der Streitkräfte, der völlig entgleisten Migrationspolitik und der Vergrößerung unserer Volkswirtschaften zu berücksichtigen sind, dürfte Finanzminister in der mittleren Zukunft kein erstrebenswerter Job sein. Denn schiebt man die rauchenden Trimmer der kollabierenden „Modern Monetary Theory“ zur Seite, werden zwei denkbare Auswege sichtbar.

Der eine ist die Rückkehr zu staatlicher Sparsamkeit, die so lang Überschüsse bewirkt, bis der Schuldenstand auf ein erträgliches Maß reduziert ist. Das heißt aber Rückbau staatlicher Leistungen,

was in unseren Demokratien mit garantierter Komfortzone politisch nicht durchsetzbar sein dürfte. Die Alternative, spürbare Steuererhöhungen, bremsen das Wachstum und sind auch nicht besonders zu empfehlen.

Die andere, wesentlich elegantere Möglichkeit wäre starkes Wachstum, das die Schulden gleichsam automatisch schmelzen lässt, wie es etwa in Europa und den USA nach 1945 der Fall war. Leider ist weit und breit nichts davon zu sehen, in Deutschland und Österreich schrumpft die Wirtschaft sogar.

Wie sich all das auf mittlere Sicht ausgeben soll, ohne dass es zu größeren Einbußen des allgemeinen Wohlstands kommt, weiß in Wahrheit niemand; es regiert das Prinzip Hoffnung und durchtauchen. Aber vielleicht haben ja die einstigen Groupies der MMT wieder eine kreative Lösung, wie man die Gesetze der Ökonomie überlisten kann. Diesmal wird sicher alles anders sein; ganz sicher.

Zum Autor: Christian Ortner ist Kolumnist und Autor in Wien.

Morgen in „Quer-geschrieben“: **Anneliese Rohrer.**

PIZZICATO

Tante Käthe und die Provinz

Groß ist die Euphorie um „Tante Käthe“, und die deutschen Fußballfans skandieren beseelt und grammatikalisch inkorrekt: „Es gibt nur ein Rudi Völler.“ Das kann der kurzzeitige Retter der Fußballnation längst nicht mehr hören, wohl aber seinen Kosennamen, den ihm Ex-Mitspieler Thomas Berthold verpasst hat. Wegen seiner krausen weißen Haare erinnerte Völler ihn an Tante Käthe.

Was wäre Deutschland ohne seine Provinz? Ohne den Hessen Völler oder seinen Landsmann Johann Adam Birkenstock, den Schuhmacher, dessen Firma mit heutigem Sitz in Linz am Rhein demnächst an die Börse geht – und das gleich an der Wall Street. Kunststück, hat doch „Barbie“ die Gesundheitspatschen in Pink zum Kult erhoben. Steve Jobs hat die klöbigen Jesus-Latschen in Hipsterkreisen an der US-Westküste „salonfähig“ gemacht, Frances McDormand trug die maßgeschneiderten Sandalen gar zu Oscar-Gala. Und selbst Leonardo DiCaprio, dessen Mutter, Imelin, aus Oer-Erkenschwick stammt – nördlich des deutschen Fußball-Mekkas Dortmund, wo das jüngste deutsche Fußballwunder seinen Ausgang genommen hat –, streift das Schuhwerk zuweilen über.

Und was wären die Kicker ohne die Stiefel der verfeindeten Brüder Dassler aus dem fränkischen Herzogenaurach, wo „Loddar“ Matthäus seine ersten Fußballschuhe zerriss? (vier)

E-Mails an: thomas.vierregge@diepresse.com

LESERSTUF

Leserbriefe bitte an:

Die Presse, Hainburger Straße 33, A-1030 Wien oder an leserbriefe@diepresse.com

Des Kaisers neue Kleider

„Kneissl bezeichnet Österreichs Umgang mit Russland als schizophoren“, von Jutta Sommerbauer und Dugyu Özkaz, 13.9.

Kneissl meint, dass sich Österreich im Umgang mit Russland schizophoren verhalte. Und weiterhin russisches Gas zu beziehen, sei zwar moralisch unangenehm, aber offensichtlich alternativlos, um Österreichs Energiesicherheit zu gewährleisten.

Sie spielt mit ihrer Bewertung eine ähnliche Rolle wie das Kind im Märchen „Des Kaisers neue Kleider“, indem sie etwas ausspricht, was allen Beteiligten zwar bewusst ist, aber man nicht sagen darf. Ihr Problem ist, dass sie halt kein Kind ist und daher die Reaktionen eher

unfreundlich ausfallen. Was nicht sein darf, das darf nicht sein.

Toni Matosic, 1130 Wien

Objektiv und klug

„Nicht der Volkszorn, das Gericht bestimmt das Strafmaß“, Quergeschrieben von A. Schurian, 12.9. Ihre Kolumne begeistert mich immer, aber diesmal haben Sie in der ganzen Debatte um den Fall Teichmeister dermaßen die richtigen Worte gefunden, dass ich Ihnen schreiben muss! Danke für diese objektive und kluge Beschreibung der Umstände und Hintergründe! **Eva Bertsch**, 4020 Linz

Weltgeschichtliche Wende oder feige Unterwerfung?

„Woke wissen nicht, dass sie reaktionär sind“, Interview mit Susan Neiman von Karl Gaulhofer, 11.9. Als philosophische Väter der fatalen „Wokeness“ („Wachheit“), durch die mündigen Menschen ein Denk- und Sprechverbot auferlegt wird, führt die amerikanische Phi-

losophin Neiman Foucault und Schmitt an, vergisst jedoch den nahe liegenden Oswald Spengler mit seinem *Untergang des Abendlandes* (1918). Das Buch, wie so vieles zum längst abgesunkenen Kulturgut geworfen, ist erinnerenswert in Zeiten der „Wokeness“. Es prophetezt nämlich, dass sich die „Fortschritte“ der Aufklärung in ein dekadentes Untergangsgeschehen verwandeln und dass bisher an den Rand gedrängte Weltkulturen an die Stelle des „Westens“ treten werden. Einiges deutet daraufhin, dass dieser Punkt bald erreicht sein könnte.

Ich zweifle jedoch, ob das Treffen indischer, chinesischer, südamerikanischer, arabischer, afrikanischer, nordvietnamesischer und türkischer Verhandler mit einem einsetzenden, Friedrich Peter, Ex-Kämpfer in einer SS-Mordbrigade, zum Dritten Nationalratspräsidenten zu machen (es kam dann – dank Wiesenthal – nicht dazu), dass Si-nowatz schwieg, als sein FP-Verteidigungsminister den Kriegsverbrecher Reder bei dessen Rückkehr

hung von Atomwaffen geopolitische Vorteile herbeibombt.

Dr. Franz Zeder, 8430 Leibnitz

Erinnern Sie sich an die erste Kreisky-Regierung?

„Liebe SPÖ, so wird das nichts mit dem Einzug ins Kanzleramt“, Quergeschrieben von R. Schwaiger, 13.9.

„Fehlende Abgrenzung zum rechten Rand“ könne man der SPÖ „gutem Gewissens“ nicht vorwerfen, „jedenfalls nicht in den vergangenen paar Jahrzehnten“, findet Rosemarie Schwaiger.

Es darf aber daran erinnert werden, dass der ersten Kreisky-Regierung nicht weniger als fünf frühere NSDAP-Mitglieder, unter ihnen ein Napola-Lehrer, angehörten, dass Kreisky selbst sich vehement dafür einsetzte, Friedrich Peter, Ex-Kämpfer in einer SS-Mordbrigade, zum Dritten Nationalratspräsidenten zu machen (es kam dann – dank Wiesenthal – nicht dazu), dass Si-nowatz schwieg, als sein FP-Verteidigungsminister den Kriegsverbrecher Reder bei dessen Rückkehr

aus italienischer Haft per Handschlag willkommen hieß, dass der für den Missbrauch zahlloser behinderter Kinder verantwortliche Euthanasie-Arzt Gross als ranghohes BSA-Mitglied das Goldene Ehrenzeichen von Bundespräsident Jonas erhielt etc. etc. Allein die Aufarbeitung der BSA-Archive hat ergeben, dass die Abgrenzung zum rechten Rand durchaus fehlte ... **Lic. phil. Emanuel-Josef Ringhoffer**, 1040 Wien

Werden wir schlechter verwaltet?

„Was kann die Schweiz besser als Österreich?“, von Susanne Bickel, & „Ein bisschen weniger Schmäh, ein bisschen mehr Askese“, LA von Jakob Zirm, 9.9.

Sie bringen sehr gute Vergleiche zwischen der Schweiz und Österreich, die nachdenklich stimmen und bei denen alle Landsleute sicherlich einen Erklärungsbedarf sehen. Es sollten alle Politiker und Entscheidungsträger diese Zeilen aufmerksam lesen und Anregun-

gen, Verbesserungen und Aktionen zum Wohle Österreichs setzen und durchführen. Ein Punkt im Leitartikel von Jakob Zirm über die wesentlich höhere Abgabenquote in Österreich gehört öffentlich thematisiert, um eine ehrliche Antwort zu finden. Werden wir schlechter verwaltet? Oder ist es so ähnlich wie bei Lebensmitteln und sonstigen Dingen, die in Deutschland um einiges billiger sind als bei uns. Eine schlüssige und zufriedenstellende Antwort wird es wohl nie geben. **Ing. Harald Appenheimer**, 4048 Puchenu

Immer extremeres Regietheater

„Ist die Welt zynischer als zu Ibsens Zeiten?“, von A.-C. Simon, 9.9. & LB von Klaus Radunsky, 13.9. Der Artikel von Frau Simon und der Leserbrief von Herrn Radunsky gehen im Grunde nicht weit genug: Das von den heutigen Theaterdirektoren leider oftmals verspürte Scheinbar unabhängig Verlangen nach immer extremerem Regietheater ist sowohl kontraproduktiv,

weil bisheriges treues Stammpublikum immer mehr wegfällt, ohne neues Publikum dauerhaft zu ersetzen. Andererseits ist es aber auch Betrug am Kunden: Wenn ich einen Ibsen oder Schiller oder sonst einen sog. Klassiker sehen will, möchte ich nicht ein derart verändertes Stück sehen, das höchstens nur noch „frei nach Ibsen“ zu bezeichnen ist. Wenn Mono- oder Dialoge anderer Schriftsteller einfach eingebaut werden, wenn die Stücke einen anderen Inhalt (z. B. Ende) erfahren, so ist das Betrug. Wenn ich in einem Restaurant ein Schnitzel bestelle und dann ein Gulasch bekomme, ist das auch Betrug. Wenn ein Theaterdirektor eine aktuelle Zeitkritik auf die Bühne bringen will, so steht es ihm doch frei, ein Stück in Auftrag zu geben und dieses auch so anzukündigen.

Aber einen Ibsen oder Schiller oder anderen Schriftsteller so zu vergewaltigen, dass das Original kaum noch erkennbar ist, ist Betrug am Kunden! Dafür müsste – weil nicht ausdrücklich darauf hingewiesen oder davor gewarnt wurde –

der Eintrittspreis zurückgezahlt werden, genauso, wie ich auch ein nicht bestelltes Gulasch nicht zahlen. Ergänzend sei noch erwähnt, dass ich noch nie in einem „modernen“ Stück etwa von Elfriede Jelinek oder Thomas Köck Zitate von Goethe oder Shakespeare oder andere inhaltliche Einstellungen erleben durfte. Offenbar fürchtet man da die (berechtigte) Kritik der noch lebenden Dramatiker. **Mag. Alexander Maksimovic**, 1050 Wien

IMPRESSUM: DEBATTE

Leitung: Mag. Anna-Maria Wallner, LL.M.
Twitter: @media_wall
Online: Stefanie Kompatscher
E-Mail: debatte@diepresse.com
Redaktion Leserbriefe: Henriette Adrigan, Ursula Mayer
E-Mail: leserbriefe@diepresse.com
Debatte Online: diepresse.com/meinung
Debattebeiträge müssen nicht der Meinung der „Presse“ entsprechen.
Leserbriefe: Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift, desto höher die Chance auf Veröffentlichung.